Niederschrift

Gremium	Sitzung - SR/010(VI)/15			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Stadtrat	Donnerstag, 19.02.2015	Ratssaal	14:00Uhr	18:20Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Bestätigung des Beschlussprotokolls der 009.(VI) Sitzung des Stadtrates am 22.01.2015 - öffentlicher Teil T0019/15
- 4 Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse T0024/15
- 5 Widerspruch des Oberbürgermeisters zur Sitzung des Stadtrates 009(VI)15 vom 22.01.2015 zum TOP 6.2.2 - Erweiterung des Modellversuches "Öffnung von Schulbezirken"/Änderungsantrag DS0248/14/2 T0020/15
- 5.1 Erweiterung des Modellversuches "Öffnung von Schulbezirken" Fraktion Bündnis 90/Die Grünen DS0248/14/2/1

6	Beschlussfassung durch den Stadtrat	
6.1	Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Jahresabschlussprüfung 2014 der Flughafen Magdeburg GmbH BE: Bürgermeister	DS0516/14
6.2	Abwägung zum einfachen Bebauungsplan Nr. 105-5 "Heinrichsberger Straße" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr	DS0360/14
6.3	Satzung zum einfachen Bebauungsplan Nr. 105-5 "Heinrichsberger Straße" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr	DS0361/14
6.4	Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 230-3 "Virchowstraße" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr	DS0431/14
6.5	Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum B-Plan Nr. 230-1 "Am Krökentor" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr	DS0432/14
6.6	Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 343-2 "Neinstedter Straße" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr	DS0438/14
6.7	Zwischenabwägung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 455.-2.1 "Schönebecker Straße 51" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr	DS0466/14
6.8	Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum vorhabenbezogenen B-Plan Nr. 455-2.1 "Schönebecker Straße 51" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr	DS0467/14
6.9	Widmung von Verkehrsflächen im B-Plan-Gebiet 366 -1B "Hollehochstraße/ Dreibrückenstraße" zu Gemeindestraßen, 39110 BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr	DS0473/14
6.10	Benennung "Petersilienberg" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr	DS0488/14
6.11	Straßenbenennungen im B-Plangebiet 268-5 "Neuprester - Klusdamm" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr	DS0492/14
6.12	Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 228-2.1 "Agrarstraße/Birkenallee" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr	DS0497/14
7	Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge	
7.1	Nutzungskonzept Albinmüller-Turm Fraktion Bündnis 90/Die Grünen WV v. 23.01.14	A0005/14

7.1.1	Nutzungskonzept Albinmüller-Turm	S0069/14
7.1.2	Nutzungskonzept Albinmüller-Turm Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei	A0005/14/1
7.1.2.1	Nutzungskonzept Albinmüller-Turm Ausschuss RWB	A0005/14/1/1
7.1.3	Nutzungskonzept Albinmüller-Turm	S0250/14
7.1.4	Nutzungskonzept Albinmüller-Turm	S0176/14
7.2	Kristallpalast Fraktion DIE LINKE/Menschenrechte, Tier- und Naturschutz (V. Wahlperiode) WV. v. 12.06.14	A0110/14
7.2.1	Kristallpalast Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei	A0110/14/1
7.2.2	Kristallpalast	S0178/14
7.3	Bürgerfreundliche Stadtratssitzung – Tagesordnung während der Ratssitzungen via Beamer auf Leinwand projizieren Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei WV v. 02.10.14	A0116/14/1
7.3.1	Bürgerfreundliche Stadtratssitzung – Tagesordnung während der Ratssitzungen via Beamer auf Leinwand projizieren Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei	A0116/14/2
7.3.2	Bürgerfreundliche Stadtratssitzung – Tagesordnung während der Ratssitzungen via Beamer auf Leinwand projizieren	S0249/14
7.4	Aufwertung Landschaftsbild Fraktion Bündnis 90/Die Grünen WV v. 04.09.14	A0141/14
7.4.1	Aufwertung Landschaftsbild	S0257/14
7.5	Radwege im Kreuzungsbereich verbessern Fraktion Bündnis 90/Die Grünen WV v. 02.10.14	A0144/14
7.5.1	Radwege im Kreuzungsbereich verbessern	S0246/14

Neuanträge

7.6	Ökostrom in der Landeshauptstadt Magdeburg SR Wendenkampf - future! - Die junge Alternative	A0009/15
7.7	Prioritätenliste für sanierungsbedürftige Schulhöfe Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei	A0018/15
7.8	Sicherung Schulsozialarbeit an Schulstandorten in der Landeshauptstadt Magdeburg Jugendhilfeausschuss	A0007/15
7.9	Telefon-Warteschleife mit Telemann-Musik SR`n Schumann, Fraktion CDU/FDP/BfM SR Müller, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei	A0013/15
7.10	Kommunale Kinder- und Jugendeinrichtungen in sozialen Netzwerken SR Jannack - Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei	A0015/15
7.11	Parkerleichterung für Kinder- und Jugendhilfe SR Jannack - Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei	A0016/15
7.12	Einsatz des roten Doppeldecker-Busses und gelben Schulbussoldies sichern Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei	A0017/15
7.13	Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene unterzeichnen SPD-Stadtratsfraktion	A0021/15
7.14	Kurzzeitparken Regierungsstraße Fraktion CDU/FDP/BfM	A0022/15
7.15	Unterstützung Gemeinwesenarbeit Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0010/15
7.15.1	Unterstützung Gemeinwesenarbeit SPD-Stadtratsfraktion	A0010/15/1
7.16	Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0011/15
7.16.1	Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt SPD-Stadtratsfraktion	A0011/15/1
7.17	Starke Gastronomie im Sommer Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0012/15
7.18	Parkmöglichkeiten an der Großen Diesdorfer Straße Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0014/15

7.19	Fotoausstellung Lore Krüger Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0019/15
7.20	Zentrumsnahe Unterbringung von Flüchtlingen Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0020/15
7.21	Zentrumsnahe Unterbringung von Flüchtlingen Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0020/15/1
8	Einwohnerfragestunde Gemäß § 28 KVG LSA i.V. mit § 14 der Hauptsatzung der LH Magdeburg führt der Stadtrat zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch.	
9	Anfragen und Anregungen an die Verwaltung	
9.1	Mittelstraße SR Rupsch	F0028/15
9.2	Verkehrsberuhigende Maßnahmen im Wohngebiet „Am Wellenberge“ SR`n Steinmetz	F0018/15
9.3	Instandsetzung und Modernisierung der Kegelanlage auf dem Magdeburger Werder SR Theile und SR Köpp	F0025/15
9.4	Graffiti-Schmierereien an den neuen Schrotebrücken SR Canehl	F0017/15
9.5	Körperbehindertenschule Fermersleber Weg SR Heynemann	F0035/15
9.6	Bushaltestellen Beyendorf-Sohlen SR`n Steinmetz	F0026/15
9.7	Umsetzung des Vertrages zur Entsorgung der GELBEn TONNE SR Müller	F0037/15
9.8	Finanzierung VEP 2030+ SR Assmann	F0029/15
9.9	Ulme/Platane Danzstraße SR Gedlich	F0036/15
9.10	Fairtrade-Blumen SR Canehl	F0021/15
9.11	Fußweg Welsleber Straße SR Meister	F0033/15

9.12	Zustand des Fussweges in der Pappelallee - Beimssiedlung zwischen Beimsstraße und Seehäuser Straße SR`n Tybora und SR Hausmann	F0019/15
9.13	Beleuchtung Fahrradstraße SR`n Tybora und SR Hausmann	F0020/15
9.14	Verschmutzungen im Bereich Olvenstedter Graseweg/ Hans-Grade- Straße SR Denny Hitzeroth	F0022/15
9.15	Nutzung der Bruno Taut - Kioske SR Jens Hitzeroth	F0031/15
9.16	Schadhafte und sanierungsbedürftige Fußwege auf dem Magdeburger Werder SR Köpp	F0023/15
9.17	Ergebnisse des "Asyl-Gipfels"? SR`n Schulz und SR Hempel	F0032/15
9.18	Verfristete Konzeptvorlagen des Oberbürgermeisters: ZOB und Elbauenpark SR Theile	F0034/15
9.19	Katzensprung SR Heynemann	F0030/15
9.20	Konsequenzen aus dem Urteil des Landgerichts Leipzig zur Kinderbetreuung SR Jannack	F0027/15
10	Informationsvorlagen	
10.1	Verlauf und wesentliche Ergebnisse der Einwohnerversammlung für die Stadtteile Alt Olvenstedt, Neu Olvenstedt und Nordwest	I0008/15
10.2	Kooperation der Landeshauptstadt Magdeburg mit der Otto-von- Guericke-Universität und der Hochschule Magdeburg-Stendal - 2014	I0029/15
10.3	Arbeitsstand zum Beschluss-Nr. 545-23(V)10 - Neues Klimaschutzprogramm	I0335/14
10.4	Wohnmobilstellplatz am Petriförder optimieren	I0293/14
10.5	Umsetzungsstand Magdeburger Aktions- und Maßnahmenplan zur UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen	I0350/14

10.6	Varianteuntersuchung zur Gestaltung des Verkehrsknotens Halberstädter Straße/Kroatenweg	I0353/14
10.7	Einrichtung eines verkehrsberuhigten Bereichs am "Wasserwerk Buckau"	I0011/15
10.8	Verkehrssicherheit in Fermersleben und Salbke erhöhen (Prüfauftrag)	I0010/15
10.9	Prüfung der Einrichtung einer Lichtsignalanlage	I0014/15
10.10	Erhöhte Verkehrsbelastungen und Programmierungen der Lichtsignalanlagen in der Landeshauptstadt Magdeburg	I0015/15

Nichtöffentliche Sitzung

11	Beschlussprotokoll der 009.(VI) Sitzung des Stadtrates am 22.01.15 - nichtöffentlicher Teil	T0021/15
12	Anfragen und Anregungen an die Verwaltung	
13	Beschlussfassung durch den Stadtrat	
13.1	Personalangelegenheit BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung	DS0476/14
13.2	Personalangelegenheit BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung	DS0520/14
13.3	Städtebaulicher Vertrag zum Bebauungsplan 268-5 "Neuprester/Klusdamm" 1. BA in 39114 Magdeburg BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr	DS0495/14

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Schumann eröffnet die 010.(VI) Sitzung und begrüßt die anwesenden Stadträte, Gäste, Mitarbeiter der Verwaltung und Medienvertreter. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Soll	56 Stadträtinnen/Stadträte		
Oberbürgermeister	1		
zu Beginn anwesend	39	“	“
maximal anwesend	55	“	“
entschuldigt	2	“	“

Auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nimmt der Stadtrat durch feststellenden Beschluss zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 281-010(VI)15

Stadtrat Alfred Westphal wird anstelle von Stadtrat Jürgen Canehl in den Vergabeausschuss entsandt.

Auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wählt der Stadtrat gemäß § 4 Abs. 5 Satzung des Jugendamtes einstimmig:

Beschluss-Nr. 282-010(VI)15

Anstelle von Frau Paula Grobbecke als stimmberechtigtes Ersatzmitglied für Torsten Giefers im Jugendhilfeausschuss Frau Eva-Maria Schulz-Satzky.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Änderungen zur Tagesordnung der 010.(VI) Sitzung des Stadtrates am 19.02.2015**1. zurückgezogene TOP**

DIE TOP 6.7 DS0466/14 – Zwischenabwägung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 455.2.1 „Schönebecker Straße 51“

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
Herr Dr. Scheidemann

und

TOP 6.8 Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum vorhabenbezogenen B-Plan 455-2.1 „Schönebecker Straße 51“

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
Herr Dr. Scheidemann

werden von der **heutigen** Tagesordnung **zurückgezogen**.

Der TOP 13.2 DS0520/14 – Personalangelegenheit

BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz

wird von der Verwaltung **zurückgezogen**

Hinweis

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, den TOP 6.5 – DS0432/14 vor dem TOP 6.4 – DS0431/14 zu beraten.

Zu folgenden Tagesordnungspunkten wurde seitens der Fraktionen Redebedarf angemeldet:

TOP 10.3 – I0335/14 – Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

TOP 10.5 – I0350/14 – Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei

TOP 10.6 – I0353/14 – Fraktion CDU/FDP/BfM

TOP 10.7 - I0011/15 – Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei

TOP 10.8 – I0010/15 – Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei

Die veränderte Tagesordnung wird einstimmig **bestätigt**.

3.	Bestätigung des Beschlussprotokolls der 009.(VI) Sitzung des Stadtrates am 22.01.2015 - öffentlicher Teil	T0019/15
-

Redaktionelle Änderung der Fraktion CDU/FDP/BfM:

Auf der Seite 13 ist der 10. Absatz, 3. Zeile wie folgt zu ergänzen:

...nicht nachvollziehen. **Stadtrat Schindehütte führt aus, dass die Clusterbildung nicht dazu dienen darf Versäumnisse der Stadtverwaltung bei der Schulentwicklungsplanung auszugleichen, beispielsweise bei der Grundschule Ottersleben.**

Das redaktionell geänderte Beschlussprotokoll der 009.(VI) Sitzung vom 22.01.2015 – öffentlicher Teil – wird einstimmig **bestätigt**.

4.	Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse	T0024/15
-

Hierzu liegt eine Information vor.

5.	Widerspruch des Oberbürgermeisters zur Sitzung des Stadtrates 009(VI)15 vom 22.01.2015 zum TOP 6.2.2 - Erweiterung des Modellversuches "Öffnung von Schulbezirken"/Änderungsantrag DS0248/14/2	T0020/15
-

Zur Beratung liegen vor:

- Widerspruch des Oberbürgermeisters zum Änderungsantrag DS0248/14/2
- Änderungsantrag DS0248/14/2 der Fraktion CDU/FDP/BfM und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- Änderungsantrag DS0248/14/2/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/FDP/BfM Stadtrat Schwenke bringt den GO-Antrag – Überweisung des Widerspruchs der Oberbürgermeisters und der vorliegenden Änderungsanträge DS0248/14/2 der Fraktion CDU/FDP/BfM und DS0248/14/2/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in den Ausschuss VW – ein.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper informiert, dass das Verfahren bereits läuft, die Eltern aber Rechtssicherheit brauchen. Er verweist auf die enge Zeitschiene und bittet um eine zügige Beratung der Thematik.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei Stadtrat Theile spricht sich für die Annahme des GO-Antrages des Vorsitzenden der Fraktion CDU/FDP/BfM Stadtrat Schwenke aus.

Der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion Stadtrat Rösler spricht sich ebenfalls für die Annahme des GO-Antrages aus und empfiehlt die Erarbeitung einer neuen Drucksache.

Der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz begründet den vorliegenden Widerspruch des Oberbürgermeisters und informiert, dass gemäß KVG LSA der komplette Verhandlungsgegenstand (DS0248/14 mit allen anhängigen Änderungsanträgen) nochmals beraten werden muss.

Der Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport Herr Prof. Dr. Puhle macht ergänzende Ausführungen zum vorliegenden Widerspruch und verweist auf die notwendige Beschlussfassung zur Thematik am 19.03.15 im Stadtrat.

Gemäß GO-Antrag des Vorsitzenden der Fraktion CDU/FDP/BfM Stadtrat Schwenke **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Widerspruch des Oberbürgermeisters und die vorliegenden Änderungsanträge DS0248/14/2 der Fraktion CDU/FDP/BfM und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und DS0248/14/2/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werden in den Ausschuss VW überwiesen.

Die Drucksache DS0248/14 inclusive aller dazugehörigen Änderungsanträge werden in die Beratung einbezogen und am 19.03.15 im Stadtrat erneut thematisiert.

6. Beschlussfassung durch den Stadtrat

6.1.	Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Jahresabschlussprüfung 2014 der Flughafen Magdeburg GmbH	DS0516/14
	BE: Bürgermeister	
-

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 283-010(VI)15

Die Gesellschaftervertreter in der Gesellschafterversammlung der Flughafen Magdeburg GmbH werden angewiesen, die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ECOVIS WSLP GmbH zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2014 zu bestellen.

6.2. Abwägung zum einfachen Bebauungsplan Nr. 105-5
"Heinrichsberger Straße"

DS0360/14

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 284-010(VI)15

1. Die im Rahmen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB und während der öffentlichen Auslegung des Entwurfs des einfachen Bebauungsplanes Nr. 105-2 „Heinrichsberger Straße“, in den Stellungnahmen vorgebrachten Anregungen hat der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg gemäß § 1 Abs. 7 und § 3 Abs. 2 BauGB mit folgendem Ergebnis geprüft:

Der Berücksichtigung von Stellungnahmen entsprechend dem Abwägungsergebnis wird zugestimmt. Die Abwägung, Anlage zur Drucksache, wird gebilligt.

2. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt vorbehaltlich der abschließenden Entscheidung des Stadtrates über die vorgebrachten Stellungnahmen (Abwägungskatalog).

Zur Behandlung der Stellungnahmen ergeht folgender Einzelbeschluss:

2.1 Untere Naturschutzbehörde, Schreiben vom 12.12.13:

a) Stellungnahme:

Es wird angeregt, die Planung gemäß dem Gebot der Schonung von Natur und Landschaft im Sinne von § 2 (1) BNatSchG zu optimieren. Dazu sollte der für einen Fuß- und Radweg vorgesehene Korridor so angeordnet werden, dass durch den späteren Bau des Weges der vorhandene Baum- und Strauchbestand nicht beeinträchtigt wird.

Der im Plan eingezeichnete Freihaltebereich für den Fuß- und Radweg orientiert sich nicht am Bestand sowohl der vorhandenen Durchwegung als auch an den vorhandenen erhaltenswerten Gehölzen. Die Baumgruppe am Nordende des Weges an der Windmühlenstraße würde durch einen Wegebau erheblich geschädigt. Hier sollte der Weg östlich an der Baumgruppe vorbeigeführt werden, wie es im Gelände durch einen inoffiziellen Weg bereits vorgezeichnet ist. Der Bereich zwischen der Baumgruppe und dem WA-Gebiet wird durch eine Ausgleichspflanzung geschlossen. Es wurden in der Vergangenheit eigens zum Schutz der Baumgruppe Betonelemente in der vorhandenen Fahrspur angelegt, um die illegale Befahrung wegzulenken. Die Anordnung des neuen Weges in dieser Trasse kann deshalb nicht nachvollzogen werden.

Im Südabschnitt verlaufen die vorhandenen Fahrspuren zunächst an der Grenze zu den Garagengrundstücken und schwenken in Höhe der ehemals vorhandenen zweiten Garagenzeile nach Osten. Der geplante Korridor hingegen verläuft mittig über die vorhandenen Gehölzinseln, so dass auch bei einer Wegebreite von nur 3 m erhebliche Verluste eintreten würden.

Die vorgelegte Planung ist mit dem Gebot der Vermeidung von Beeinträchtigungen sowie der Minimierung von Eingriffen in Natur und Landschaft im Sinne der §§ 2 (1), 13 Satz 1 und 15 Satz 1 BNatSchG nicht zu vereinbaren.

b) Abwägung:

Die Planung wurde im Ergebnis der Stellungnahme der Naturschutzbehörde und nach einem gemeinsamen Ortstermin angepasst. Der Streifen öffentliches Grün zum Zweck der Anlage einer dauerhaften Fuß- und Radwegverbindung wurde dem Gehölzbestand und auch den örtlichen Gegebenheiten (vorhandene Pfade) verändert, so dass die vorhandenen Gehölze erhalten bleiben können.

Beschluss 2.1: Der Stellungnahme wird gefolgt.

3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemäß § 3 Abs. 2 BauGB die Bürger, Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die Anregungen vorgebracht haben, von diesem Ergebnis der Abwägung unter Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

6.3. Satzung zum einfachen Bebauungsplan Nr. 105-5
"Heinrichsberger Straße"

DS0361/14

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mit 51 Ja-, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 285-010(VI)15

Aufgrund des § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I, S. 2414), in der zuletzt geänderten geltenden Fassung, und § 8 Abs. 1 des Kommunalverfassungsgesetzes für das Land Sachsen-Anhalt (KVG LSA) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Juni 2014 (GVBl. Nr. 12, S. 288), beschließt der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg am 19.02.2015 den Bebauungsplan Nr. 105-5 „Heinrichsberger Straße“, bestehend aus der Planzeichnung (Planteil A) und dem Text (Planteil B), als Satzung.

1. Die Begründung zum Bebauungsplan wird gebilligt.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Beschluss über die Satzung gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. Mit der ortsüblichen Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan in Kraft.

6.4. Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 230-3 "Virchowstraße"
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr

DS0431/14

Die Ausschüsse StBV und UwE empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und 2 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 287-010(VI)15

1. Gemäß § 1 Abs. 3 Satz 1 und § 2 Abs. 1 Satz 1 BauGB sowie 13a BauGB soll für das Gebiet, welches umgrenzt wird:

- im Norden: durch die nördliche Begrenzung des Flurstückes 2/12 der Flur 165 sowie der südlichen Begrenzung des Universitätsgeländes,
- im Osten: durch die östlichen Grenzen der Flurstücke 2/12 und 4/1 der Flur 165,
- im Süden: durch die südlichen Grenzen der Flurstücke 2/12, 4/1, 110/2 und 107/5 teilweise der Flur 165,
- im Westen: durch die westlichen Grenzen der Flurstücke 4/1 und 2/12 der Flur 165, sowie gemäß Lageplan

ein Bebauungsplan im beschleunigten Verfahren aufgestellt werden.

Von einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB wird in Anwendung des § 13 Abs. 3 Satz 1 BauGB abgesehen.

Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan, welcher Bestandteil dieses Beschlusses ist, dargestellt.

2. Es werden folgende Planungsziele angestrebt:

Über das Bauleitplanverfahren soll Baurecht für ein Mischgebiet sowie ein allgemeines Wohngebiet unter Berücksichtigung immissionsschutzrechtlicher Anforderungen geschaffen werden.

Der Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Magdeburg weist diese Fläche als Mischgebiet und Sondergebiet Universität aus. Damit weicht der aufzustellende Bebauungsplan von den Darstellungen des Flächennutzungsplanes ab. Der Flächennutzungsplan ist im Wege der Berichtigung entsprechend § 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB anzupassen.

3. Die von der Planaufstellung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 4 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 13a Abs. 2 BauGB zu beteiligen.

6.5. Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum B-Plan Nr. 230-1 DS0432/14
 "Am Krökentor"

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr

Die Ausschüsse StBV und UwE empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 286-010(VI)15

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Magdeburg hatte am 20.12.1993 mit Beschluss-Nr. 638-51(I)93 für das Gebiet, das umgrenzt wird:

- im Norden: durch die nördliche Flurstücksgrenze der Walther-Rathenau-Straße (Flurstück 7 und 70/11 der Flur 165) sowie durch die westliche Grenze des Bebauungsplanes Nr. 178-2 „Universitätsplatz“
- im Osten: durch die westliche Grenze des Bebauungsplanes Nr. 178-2 „Universitätsplatz“ sowie durch die östlichen Flurstücksgrenzen der Erzbergerstraße (Flurstücke 35/2 und 39/1 der Flur 164)
- im Süden: durch die südlichen Flurstücksgrenzen der Virchowstraße (Flurstück 158/40, der Flur 164, Flurstück 36/8, 35/8 und 22/8 der Flur 165)
- im Westen: durch die östliche Grenze der Flurstücke 4/5 und 4/4 der Flur 251 (Bahngelände)

beschlossen, einen Bebauungsplan aufzustellen.

Dieser Beschluss wird aufgehoben.

Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan, der einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, dargestellt.

Der Beschluss über die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses für den Bebauungsplan Nr. 230-1 „Am Krökentor“ ist gemäß § 1 Abs. 8 i. V. m. § 2 Abs. 1 BauGB öffentlich bekannt zu machen.

6.6. Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 343-2 "Neinstedter Straße"

DS0438/14

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 288-010(VI)15

1. Gemäß § 1 Abs. 3 Satz 1 und § 2 Abs. 1 Satz 1 BauGB sowie § 13 a BauGB soll für das Gebiet, welches umgrenzt wird:

- im Norden: durch die Südseite der Neinstedter Straße, die West- und die Südgrenze des Flurstücks 31/12 (Flur 364), die Westgrenze des Flurstücks 31/8 (teilweise), die Südgrenze der Flurstücke 31/8, 31/7, 31/6, 31/5, 31/4, 31/3, 31/2, und 31/1 (Flur 364), sowie wiederum durch die Südseite der Neinstedter Straße,
- im Osten: durch die Ostgrenze des Flurstücks 31/10 (Flur 364),
- im Süden: durch die Südgrenze des Flurstücks 31/10,
- im Westen: durch die Westgrenze des Flurstücks 31/10,

ein Bebauungsplan im beschleunigten Verfahren aufgestellt werden.

Von einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB wird in Anwendung des §13 Abs. 3 Satz 1 BauGB abgesehen.

Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan, welcher Bestandteil dieses Beschlusses ist, dargestellt.

2. Es werden folgende Planungsziele angestrebt:

Es soll ein allgemeines Wohngebiet für kleinteiligen Wohnungsbau unter Berücksichtigung der bioklimatischen Bedeutung des Standortes entwickelt werden.

Der aufzustellende Bebauungsplan wird aus dem Flächennutzungsplan der LH MD entwickelt. Im Flächennutzungsplan ist dieses Gebiet als Wohnbaufläche dargestellt.

3. Die von der Planaufstellung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 4 Abs. 2 BauGB zu beteiligen.

- 6.7. Zwischenabwägung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 455.-2.1 "Schönebecker Straße 51" DS0466/14
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr
-

Der TOP 6.7 – DS0466/14 wurde von der Verwaltung von der heutigen Tagesordnung **zurückgezogen**.

- 6.8. Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum vorhabenbezogenen B-Plan Nr. 455-2.1 "Schönebecker Straße 51" DS0467/14
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr
-

Der TOP 6.8 – DS0467/14 wurde von der Verwaltung von der heutigen Tagesordnung **zurückgezogen**.

- 6.9. Widmung von Verkehrsflächen im B-Plan-Gebiet 366 -1B "Hollehochstraße/ Dreibrückenstraße" zu Gemeindestraßen, 39110 DS0473/14
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr
-

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 289-010(VI)115

Die Verwaltung wird ermächtigt, die Widmung der Straßen Hohe Wiese und Zum Schroteblick (Teilstück) im B-Plan-Gebiet 366 -1B "Hollehochstraße/ Dreibrückenstraße" zu Gemeindestraßen zu verfügen und öffentlich bekannt zu machen.

6.10. Benennung "Petersilienberg"

DS0488/14

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 290-010(VI)15

die Benennung der im B-Plangebiet 264-1 „Burchardstraße“ entstehenden Straße als
„Petersilienberg“

6.11. Straßenbenennungen im B-Plangebiet 268-5 "Neuprester - Klusdamm"

DS0492/14

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 291-010(VI)15

1. die Benennung der südlichen Straße im B-Plangebiet 268-5 als

„**Neupresterweg**“

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 292-010(VI)15

2. die Benennung der nördlichen Straße im B-Plangebiet 268-5 als

„**Zum Sandkolk**“

6.12. Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum
vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 228-2.1
"Agrarstraße/Birkenallee"

DS0497/14

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr

Die Ausschüsse StBV und UwE empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 293-010(VI)15

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg hatte am 06.06.2013 mit Beschluss-Nr. 1835-64(V)13 für das Gebiet, das umgrenzt wird:

- im Norden: durch die Ostendorfer Straße;
- im Westen: durch die Agrarstraße und eine Verbindungslinie zwischen dem Flurstück 118 (Flur 506) und der Birkenallee;
- im Süden: durch die Birkenallee und teilweise die südliche Grenze des Flurstücks 118 (Flur 506);
- im Osten: durch die Friedrich-Engels-Straße;

beschlossen, einen Bebauungsplan aufzustellen.

Dieser Beschluss wird aufgehoben.

Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan, der einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, dargestellt.

Der Beschluss über die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses für den Bebauungsplan Nr. 228-2.1 „Agrarstraße/ Birkenallee“ ist gemäß § 1 Abs. 8 i. V. m. § 2 Abs. 1 BauGB öffentlich bekannt zu machen.

7. Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge

7.1. Nutzungskonzept Albinmüller-Turm A0005/14
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
WV v. 23.01.14

Der Ausschuss K empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung nicht.

Der Ausschuss RWB empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0005/14/1/1.

Stadtrat Herbst bringt den Antrag A0005/14 ein und bittet um Zustimmung.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei Stadtrat Theile bringt den Änderungsantrag A0005/14/1 ein und merkt an, dass dieser der Intention des vorliegenden Antrages A0005/14 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen entspricht. Er kritisiert weiterhin die Beratungsdauer des Antrages A0005/14 von einem Jahr und geht auf die Problematik des bestehenden Nutzungsvertrages ein. Abschließend bittet Stadtrat Theile um Zustimmung der vorliegenden Änderungsanträge A0005/14/1 und A0005/14/1/1.

Der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion Stadtrat Rösler empfiehlt der Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, den Änderungsantrag A0005/14/1 zurückzuziehen.

Der Vorsitzende des Ausschusses RWB Stadtrat Hoffmann informiert über die Diskussion im Ausschuss und bringt den Änderungsantrag A0005/14/1/1 ein.

Der Vorsitzende des Ausschusses K Stadtrat Müller informiert, dass nicht alle Stellungnahmen der Verwaltung zum vorliegenden Antrag A0005/14 zur Beratung vorlagen.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper erläutert die Faktenlage und merkt an, dass für das Areal ein Gesamtkonzept erarbeitet wird. Er hält fest, dass die Stadt keinen Vertrag für die gastronomische Nutzung mit einem Investor geschlossen hat, sondern MVGM.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/FDP/BfM, verweist auf die Brandschutzbedingungen im Albinmüller-Turm und hält dadurch eine sinnvolle Nutzung für schwierig.

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/FDP/BfM Stadtrat Schwenke erklärt im Namen seiner Fraktion, dass der Albinmüller-Turm ein attraktives Nutzungskonzept braucht. Er signalisiert die Zustimmung zum Antrag A0005/14 und zum Änderungsantrag A0005/14/1/1.

Stadtrat Salzborn, Fraktion CDU/FDP/BfM, unterstützt in seinen Ausführungen den vorliegenden Änderungsantrag A0005/14/1/1 des Ausschusses RWB.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/FDP/BfM, verweist darauf, dass es bereits einen Nutzungsvorschlag gab und dieser nicht umgesetzt wurde. Er äußert weiterhin seine Bedenken, eine gastronomische Einrichtung im Turm zu betreiben.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, empfiehlt dem Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Dr. Scheidemann, eine Arbeitsgruppe zu bilden, um Lösungsvorschläge zu erarbeiten und dem Oberbürgermeister Herrn Dr. Trümper vorzulegen.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper merkt abschließend an, dass der Änderungsantrag A0005/14/1/1 des Ausschusses RWB umformuliert werden muss, da die Gesellschaftvertreter beauftragt werden muss und nicht die Stadt.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Änderungsantrag A0005/14/1/1 des Ausschusses RWB mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung:

Es wird empfohlen, den gastronomischen Nutzungsvertrag frühestmöglich aufzulösen.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 12 Jastimmen und 5 Enthaltungen:

Der Änderungsantrag A0005/14/1 der Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei –

*Der Antrag wird ergänzt und ersetzt den Ursprungsantrag (Ergänzungen sind **fett** hervorgehoben.).*

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird **beauftragt, unter Beachtung bereits bestehender Planungsideen (Basisbau) und Vertragsbedingungen** in Zusammenarbeit mit der MVGM und **weiteren Interessierten**, eine Konzeption für eine zukünftige anspruchsvolle Nutzung des Albinmüller-Turmes **inklusive Turm-Café** im Rotehornpark zu erarbeiten **und dem Stadtrat bis zu seiner Sitzung im Juni 2014 zur Beschlussfassung vorzulegen.**

Hierbei soll die Nutzung des in seiner Form einzigartigen Bau- und Kulturdenkmals und bedeutenden Beispiels des Neuen Bauens als Ausstellungs- **und gastronomische Erlebnisfläche** im Mittelpunkt stehen.

Ein spezieller Fokus soll dabei auf der Rolle des Turmes als Zentrum der Deutschen Theaterausstellung Magdeburg 1927 gelegt werden, die dem Turm eine sinnstiftende Bedeutung über den Ausstellungszeitraum hinaus zugemessen hat. –

wird **abgelehnt.**

Gemäß Antrag A0005/14 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages A0005/14/1/1 des Ausschusses RWB einstimmig:

Beschluss-Nr. 294-010(VI)15

Der Oberbürgermeister wird gebeten, in Zusammenarbeit mit der MVGM und dem Forum Gestaltung, eine Konzeption für eine zukünftige anspruchsvolle Nutzung des Albinmüller-Turmes im Rotehornpark zu erarbeiten.

Hierbei soll die Nutzung des in seiner Form einzigartigen Bau- und Kulturdenkmals und bedeutenden Beispiels des Neuen Bauens als Ausstellungsfläche im Mittelpunkt stehen.

Ein spezieller Fokus soll dabei auf der Rolle des Turmes als Zentrum der Deutschen Theaterausstellung Magdeburg 1927 gelegt werden, die dem Turm eine sinnstiftende Bedeutung über den Ausstellungszeitraum hinaus zugemessen hat.

Es wird empfohlen, den gastronomischen Nutzungsvertrag frühestmöglich aufzulösen.

7.2.	Kristallpalast	A0110/14
	Fraktion DIE LINKE/Menschenrechte, Tier- und Naturschutz (V. Wahlperiode) WV. v. 12.06.14	

Die Ausschüsse KRB und StBV betrachten den Antrag A0110/14 mit der vorliegenden Stellungnahme S0178/14 als erledigt.

Der Ausschuss K empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss VW empfiehlt die Beschlussfassung nicht.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei Stadtrat Theile bringt den Antrag A0110/14 ein und dankt der Verwaltung für die vorliegende Stellungnahme S0178/14. Er bittet um Zustimmung zum Antrag A0110/14 und zum vorliegenden Änderungsantrag A0110/14/1.

Der Vorsitzende des Ausschusses K Stadtrat Müller informiert über die Beratung im Ausschuss K und bezeichnet diese als konstruktiv.

Der Vorsitzende des Ausschusses StBV Stadtrat Dr. Grube informiert über das Beratungsergebnis und signalisiert im Namen der SPD-Stadtratsfraktion die Stimmenenthaltung. Er hält im Weiteren den vorliegenden Änderungsantrag A0110/14/1 der Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei für überflüssig, da im Ausschuss StBV bereits der Informationspflicht zu Schrottimmobilen nachgekommen wird.

Stadträtin Zimmer, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, merkt an, dass der Antrag A0110/14 aus zwei Teilen besteht und der Teil 1 sich mit der vorliegenden Stellungnahme S0178/14 **erledigt** hat. Sie bittet darum, nur noch den zweiten Teil zur Abstimmung zu stellen und geht erläuternd auf die Intention ein.

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/FDP/BfM Stadtrat Schwenke weist darauf hin, dass das Gebäude baufällig ist und Privatpersonen gehört. Er sieht die Zuständigkeit nicht beim Stadtrat.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 18 Jastimmen und 2 Enthaltungen:

Der Änderungsantrag A0110/14/1 der Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei –

Der Oberbürgermeister wird beauftragt den Stadtrat sofort darüber zu informieren, wenn Änderungen am jetzigen Zustand des Kristallpalastes vorgenommen werden (Sanierung/Sicherungsmaßnahmen/Ersatzvornahme usw.). –

wird **abgelehnt**.

Das Abstimmungsergebnis zum Teil 2 des Antrages A0110/14 (mehrheitlich, bei 18 Jastimmen und 12 Enthaltungen **abgelehnt**) wird von Stadtrat Gedlich, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, angezweifelt und die Abstimmung wird wiederholt.

Der Stadtrat **beschließt** mit 18 Ja-, 21 Neinstimmen und 14 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 295-010(VI)15

Der Teil 2 des Antrages A0110/14 –

Ebenso ist darzustellen, in welcher Form der vom Engagement ehrenamtlicher Magdeburger/innen getragene Verein *Kristallpalast e.V.* durch die LH Magdeburg unterstützt wurde bzw. Künftig unterstützt werden kann. –

wird **abgelehnt**.

7.3.	Bürgerfreundliche Stadtratssitzung – Tagesordnung während der Ratssitzungen via Beamer auf Leinwand projizieren	A0116/14/1
	Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei WV v. 02.10.14	

Die Ausschüsse KRB und VW empfehlen die Beschlussfassung nicht.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, bringt die Änderungsanträge A0116/14/1 und A0116/14/2 ein. Er nimmt zur vorliegenden Stellungnahme S0249/14 Stellung.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper nimmt zum Anliegen kritisch Stellung.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 17 Jastimmen und 2 Enthaltungen:

Der Änderungsantrag A0116/14/2 der Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei –

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die entsprechenden Investitionskosten sowie die jährlich anfallenden Kosten zur Absicherung einer bürgerfreundlichen und dem Stand der Technik

entsprechenden Stadtratssitzung bei der Aufstellung des Haushaltsplans 2016 zu berücksichtigen. –

wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 17 Jastimmen und 2 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 296-010(VI)15

Der Änderungsantrag A0116/14/1 der Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei –

Der Oberbürgermeister wird mit Bezug auf seine eigene Stellungnahme (S0195/14) beauftragt

a) darzustellen, unter welchen Voraussetzungen eine denkbare Nutzung eines zweiten Laptops zur Anzeige der Tagesordnungspunkte ohne Verzögerung möglich ist;

b) eine Übersicht mit Vorschlägen zu erstellen, die zu einer bürgerfreundlicheren und transparenteren sowie nachvollziehbareren Stadtratssitzungsdurchführung beitragen;

c) das im Sitzungssaal vorhandene Tagungsequipment mit Blick auf die fortschreitende technische Entwicklung und wachsenden Aufgaben des Bürgerparlaments im Sinne intensiver und moderner Partizipationsmöglichkeiten der Bürgerschaft zu evaluieren und daraus konkrete Maßnahmen zur Verbesserung abzuleiten;

d) darzustellen, mit Hilfe welcher moderner Technik innovative Formen zur Ermittlung von Abstimmungsergebnissen im Stadtrat und deren digitaler Darstellung möglich sind, um das mühselige Auszählen von Stimmen sowie die damit verbundene Fehlerquote und das mitunter häufig praktizierte wiederholte Abstimmen und Anzweifeln der Ergebnisse abzustellen und somit der Sitzungsablauf optimiert und die Sitzungsleitung entlastet werden können. –

wird **abgelehnt**.

7.4.	Aufwertung Landschaftsbild	A0141/14
	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen WV v. 04.09.14	

Die Ausschüsse StBV und UwE empfehlen die Beschlussfassung.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Meister bringt den Antrag A0141/14 ein.

Gemäß Antrag A0141/14 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 297-010(VI)15

Zur Aufwertung des Landschaftsbildes und des Naturraums sollen zukünftig die Ränder, von im Eigentum der Landeshauptstadt Magdeburg stehenden Feldwegen, mit geeigneten Bäumen bzw. Gehölzen bepflanzt werden. Vorzugsweise sollen dabei historisch in der Region Magdeburg genutzte Obstbaumsorten zum Einsatz kommen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Erforderliche zu veranlassen, um die schrittweise Umsetzung des Beschlusses sicherzustellen und den Stadtrat über den Verlauf der Umsetzung in Kenntnis zu setzen.

7.5.	Radwege im Kreuzungsbereich verbessern	A0144/14
	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen WV v. 02.10.14	

Stadtrat Assmann, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dankt der Verwaltung für die vorliegende Stellungnahme S0246/14 und zieht den Antrag A0144/14 **zurück**.

Neuanträge

7.6.	Ökostrom in der Landeshauptstadt Magdeburg	A0009/15
	SR Wendenkampf - future! - Die junge Alternative	

Es liegt der GO-Antrag- Überweisung des Antrages A0009/15 in die Ausschüsse VW, UwE und FG – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag des Stadtrates Wendenkampf, future! – Die junge Alternative **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0009/15 wird in die Ausschüsse VW, UwE und FG überwiesen.

- 7.9. Telefon-Warteschleife mit Telemann-Musik A0013/15
SR`n Schumann, Fraktion CDU/FDP/BfM
SR Müller, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei
-

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0013/15 in die Ausschüsse VW und K – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag der Stadträtin Schumann, Fraktion CDU/FDP/BfM und des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 2 Gegenstimmen:

Der Antrag A0013/15 wird in die Ausschüsse VW und K überwiesen.

- 7.10. Kommunale Kinder- und Jugendeinrichtungen in sozialen Netzwerken A0015/15
SR Jannack - Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei
-

Stadtrat Jannack, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, bringt den Antrag A0015/15 ein.

Gemäß Antrag A0015/15 des Stadtrates Jannack, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und 3 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 299-010(VI)15

Der Oberbürgermeister wird gebeten zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen sich die kommunalen Kinder- und Jugendeinrichtungen an sozialen Netzwerken (wie beispielsweise Facebook) beteiligen können.

- 7.11. Parkerleichterung für Kinder- und Jugendhilfe A0016/15
 SR Jannack - Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei
-

Stadtrat Jannack, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, bringt den Antrag A0016/15 ein.

Gemäß Antrag A0016/15 des Stadtrates Jannack, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 14 Jastimmen und 3 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 300-010(VI)15

Der Antrag A0016/15 –

Der Oberbürgermeister wird gebeten zu prüfen, wie ehrenamtlich in der Kinder- und Jugendarbeit tätige Personen ein erleichtertes Parken auf städtischen Flächen ermöglicht werden kann. Dabei soll auch geprüft werden, ob die Möglichkeit besteht bis zu drei kostenlose Anwohnerparkausweise an Vereinen, Verbänden, Geschäftsstellen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit auszugeben. –

wird **abgelehnt**.

- 7.12. Einsatz des roten Doppeldecker-Busses und gelben A0017/15
 Schulbussoldies sichern
 Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei
-

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, bringt den Antrag A0017/15 ein.

Gemäß Antrag A0017/15 der Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 2 Gegenstimmen und 12 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 301-010(VI)15

Der Oberbürgermeister wird beauftragt kurzfristig zu prüfen, wie der weitere Einsatz des erfolgreichen roten Doppeldecker-Busses sowie des amerikanischen Schulbusses des Bördebahnbetreibers für Stadtrundfahrten inner- und außerhalb des Zentrums unserer Stadt auch künftig gesichert und somit ein adäquates touristisches Angebot für Sightseeing in der Landeshauptstadt Sachsen-Anhalts vorgehalten werden kann.

Dabei ist auch die Fortsetzung der Erteilung von Ausnahmegenehmigungen allseitig zu betrachten.

7.13. Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene unterzeichnen A0021/15

SPD-Stadtratsfraktion

Es liegt der GO-Antrag der Fraktion CDU/FDP/BfM – Überweisung des Antrages A0021/15 in die Ausschüsse FuG und VW – vor.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei Stadtrat Theile stellt hin, dass mit der Drucksache DS0031/07 das Anliegen des Antrages A0021/15 bereits erfüllt ist.

Die Gleichstellungsbeauftragte Frau Ponitka erhält das Rederecht und informiert über den aktuellen Sachstandsbericht.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Meister und der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion Stadtrat Rösler sprechen sich für die Annahme des GO-Antrages aus.

Gemäß GO-Antrag der Fraktion CDU/FDP/BfM **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 2 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen:

Der Antrag A0021/15 wird in die Ausschüsse FuG und VW überwiesen.

Persönliche Erklärung des Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei Stadtrat Theile

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei Stadtrat Theile gibt eine persönliche Erklärung ab. **(Anlage 1)**

7.14. Kurzzeitparken Regierungsstraße

A0022/15

Fraktion CDU/FDP/BfM

Stadtrat Rupsch, Fraktion CDU/FDP/BfM, bringt den Antrag A0022/15 ein.

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, begründet die Ablehnung zum Antrag A0022/15 durch seine Fraktion.

Gemäß Antrag A0022/15 der Fraktion CDU/FDP/BfM **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 14 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 302-010(VI)15

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob in dem Bereich Regierungsstraße, in Richtung Goldschmiedebrücke, Stellplätze für den ruhenden Verkehr zum Kurzzeitparken (max. 15 min) geschaffen werden können.

7.15. Unterstützung Gemeinwesenarbeit

A0010/15

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Es liegt der GO-Antrag der Fraktion CDU/FDP/BfM – Überweisung des Antrages A0010/15 in die Ausschüsse FG und VW – vor.

Der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion Stadtrat Rösler spricht sich gegen den GO-Antrag aus und bringt den Änderungsantrag A0010/15/1 ein.

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/FDP/BfM Stadtrat Schwenke begründet den GO-Antrag.

Der Bürgermeister Herr Zimmermann folgt der Intention des Vorsitzenden der SPD-Stadtratsfraktion Stadtrat Rösler.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Meister und der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei Stadtrat Theile sprechen sich für die Annahme des GO-Antrages aus.

Gemäß GO-Antrag der Fraktion CDU/FDP/BfM **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme:

Der Antrag A0010/15 wird in den Ausschuss FG und VW überwiesen.

Der vorliegende Änderungsantrag A0010/15/1 der SPD-Stadtratsfraktion wird in die Beratung mit einbezogen.

7.16. Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt A0011/15
 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Es liegt der GO-Antrag der SPD-Stadtratsfraktion – Überweisung des Antrages A0011/15 in in die Ausschüsse RWB und GeSo – vor.

Es liegt der Änderungsantrag A0011/15/1 der SPD-Stadtratsfraktion vor.

Gemäß GO-Antrag der SPD-Stadtratsfraktion beschließt der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0011/15 wird in die Ausschüsse RWB und GeSo überwiesen.

Der vorliegende Änderungsantrag A0011/15/1 der SPD-Stadtratsfraktion wird in die Beratungen mit einbezogen.

7.17. Starke Gastronomie im Sommer A0012/15
 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Stadtrat Assmann, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt den Antrag A0012/15 ein.

Der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz nimmt zum Antrag A0012/15 Stellung und hält das in der Begründung angeführte Beispiel „Am Hasselbachplatz“ aus Sicherheitsgründen für ungeeignet.

Gemäß Antrag A0012/15 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat mit 19 Ja-, 12 Neinstimmen und zahlreichen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 303-010(VI)15

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

- zu prüfen, unter welchen Bedingungen es möglich ist, öffentliche Kfz-Abstellflächen in unmittelbarer Nähe von Gastronomiebetrieben durch diese als Gastronomieaußenflächen nutzen zu lassen.
- zu prüfen, welche Gebühr und in welcher Höhe dafür von den Gastronomen erhoben werden könnte.
- die Ergebnisse der Prüfung dem Stadtrat bis zum April 2015 vorzulegen.

7.18. Parkmöglichkeiten an der Großen Diesdorfer Straße A0014/15
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt den Antrag A0014/15 ein.

Gemäß Antrag A0014/15 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 2 Gegenstimmen und 11 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 304-010(VI)15

Der Oberbürgermeister wird gebeten, die Verkehrsbehörde prüfen zu lassen, ob entlang der Großen Diesdorfer Straße in Fahrtrichtung nach Westen im Bereich zwischen der Einmündung Gerhart-Hauptmann-Straße und der Einmündung Maxim-Gorki-Straße geparkt werden kann.

7.19. Fotoausstellung Lore Krüger A0019/15
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt den Antrag A0019/15 ein.

Gemäß Antrag A0019/15 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 305-010(VI)15

Der Oberbürgermeister wird angeregt, zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen die Ausstellung „Lore Krüger – Ein Koffer voller Bilder“ der in Magdeburg geborenen Jüdin Lore Krüger nach Magdeburg geholt werden kann.

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt den Antrag A0020/15 und den Änderungsantrag A0020/15/1 ein.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper nimmt umfassend zur Problematik Stellung und geht auf die Genese der Beschlusslage im Stadtrat ein. Diese sieht vor, die Unterbringung in einem Stufenmodell vorzunehmen. Er stellt dabei klar, dass dabei immer die dezentrale Unterbringung von Asylbewerbern die Basis war. Dr. Trümper informiert, dass die Zahlen der Asylbewerber sich drastisch erhöht hat und in einer gebildeten Arbeitsgruppe jede Woche nach neuen Unterkünften gesucht wird. Er hält fest, dass die Gemeinschaftsunterkünfte nur in Modulbauweise gewährleistet werden kann und begründet den Vorschlag der Verwaltung. Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper nimmt kritisch zum 3. Anstrich des Antrages A0020/15 Stellung.

In seinen weiteren Ausführungen stellt Herr Dr. Trümper mit Verweis auf die Sitzung des Verwaltungsausschusses am 23.01.15 zum Thema „Unterbringung von Asylbewerbern“ fest, dass Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Kompetenzen überschritten hat. Er informiert über dessen Äußerungen und Handlungen trotz Befangenheit zum Standort „W.-Kobelt-Straße. Aufgrund der geschilderten Ereignisse im Vorfeld, hält Dr. Trümper den vorliegenden Antrag A0020/15 für moralisch nicht vertretbar.

Stadtrat Lischka, SPD-Stadtratsfraktion, unterstützt die Ausführungen des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper und merkt an, dass jede Stadträtin und Stadtrat bemüht ist, die Flüchtlinge ordnungsgemäß unterzubringen. Er stellt fest, dass der vorliegende Antrag A0020/15 einen Makel hat und signalisiert die Ablehnung seiner Fraktion.

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/FDP/BfM Stadtrat Schwenke hält die hier geführte Diskussion für unsäglich und nicht zielführend. Er bedankt sich bei diesen Leuten, die versuchen, eine Lösung herbeizuführen. Stadtrat Schwenke führt weiterhin aus, dass der Block im Breiten Weg auf eine Baugrube steht und nicht für die Unterbringung von Asylbewerbern geeignet ist. Er empfiehlt abschließend der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, den Antrag A0020/15 zurückzuziehen und signalisiert ebenfalls die Ablehnung durch seine Fraktion.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei Stadtrat Theile bezeichnet die hier geführte Diskussion der Sache nicht angemessen und kritisiert die Antragstellung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Er empfiehlt ebenfalls, den Antrag A0020/15 zurückzuziehen und neu zu formulieren.

Stadtrat Grube, SPD-Stadtratsfraktion, merkt an, dass es keiner Modullösung bedürfe, wenn es andere Lösungen geben würde. Er geht weiterhin auf das Objekt „Breiter Weg“ ein und bezeichnet dies als leere Hülle. Stadtrat Dr. Grube empfiehlt ebenfalls den Antrag A0020/15 zurückzuziehen.

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, erläutert nochmals die Intention des Antrages A0020/15 und geht auf die Ausführungen des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper zum Stufenmodell und auf die Ausführungen des Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei Stadtrat Theile zur Containerunterbringung ein. Er stellt klar, dass seine Fraktion sich Alternativen wünscht.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper geht auf die Argumentation des Stadtrates Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, ein und gibt Hintergrundinformationen zur Finanzierung zur Unterbringung von Asylbewerbern durch das Land.

Im Ergebnis der umfangreichen kontroversen Diskussion **zieht** der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Meister den Antrag A0020/15 und den Änderungsantrag A0020/15/1 **zurück**.

8. Einwohnerfragestunde

Gemäß § 28 KVG LSA i.V. mit § 14 der Hauptsatzung der LH Magdeburg führt der Stadtrat zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch.

8.1 Frau Christine Meier, wohnhaft in der Zollstraße 14 b, 39114 Magdeburg

Frau Meier fragt an, ob es möglich ist, den Bereich Gartenstraße (Berg bis Einmündung Zollstraße) als Einbahnstraße zu gestalten und zur Verbesserung der Verkehrsführung des fließenden Verkehrs auch Badstraße und Weidenstraße in Richtung Zollstraße zu verlängern und die Wasserstraße in Richtung Oststraße wieder für den Straßenverkehr zu öffnen. Sie schlägt vor, die daneben liegende freie Fläche, die im Moment dort durch die Kitas genutzt wird, durch eine Umlegung in Abstimmung mit dem Eigentümer für die Kita zur Verfügung zu stellen.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.2 Herr Heinz-Josef Sprengkamp, Rothenseer Straße 62 c, 39124 Magdeburg

Ja, Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister, werte Beigeordnete, liebe Stadträte, liebe Gäste, ich habe eine kleine Frage, die vielleicht nur mit einem „ja“ zu beantworten ist. Die richtet sich auf das Jahr, das man vielleicht mit „Otto feiert“ überschreiben könnte, nämlich das Jahr 2015, der FCM steigt natürlich auf, der SCM kommt in die Championslique und meine Frage richtet sich an den geschätzten Beigeordneten Holger Platz: Haben wir Gleichberechtigung hinsichtlich der Wettbewerbsbedingungen (TA Lärm bezogen) bei allen, die gastronomisch tätig sind? Und wird das, was sie tun, anlasslos gleichermaßen vom Ordnungsamt verfolgt? Im besten Sinne natürlich kontrolliert. Schriftliche Antwort reicht, aber vermutlich können Sie auch ein einfaches „ja“ sagen.

Antwort des Beigeordneten für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herrn Platz

Auf diese Frage, sehr geschätzter Herr Sprengkamp, *kann* ich nur mit „ja“ antworten.

9. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

9.1 Schriftliche Anfrage des Stadtrates Rupsch, Fraktion CDU/FDP/BfM

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

mehrere Bürger haben in den letzten Wochen zum einen die Verkehrssicherheit der Fußwege im Bereich der Mittelstraße, auf dem Werder, bemängelt. So können gerade ältere und bewegungseingeschränkte Menschen, unter anderem mit Rollatoren, diesen Bereich kaum passieren und sehen Unfallgefahren.

Des Weiteren wurde ich auf das Problem von offensichtlich rechtswidrig entsorgten medizinischen Abfällen angesprochen. Dies beinhaltet unter anderem gebrauchte Spritzen, die frei im öffentlichen Raum aufgefunden werden. Dies stellt eine große Gefährdung der Bürger, insbesondere wenn Kinder diese Abfälle aufheben, dar.

Daher stelle ich folgende Fragen:

1. Inwieweit sind diese Probleme der Stadtverwaltung bekannt?
2. Wann kann mit der Sanierung der Fußwege und damit der Herstellung der Verkehrssicherheit gerechnet werden?
3. Ist das Problem der medizinischen Abfälle im öffentlich zugänglichen Bereich bekannt?
4. Wie wird die fachgerechte Entsorgung überwacht?
5. Wurden bereits Konsequenzen bei nicht fachgerechter und rechtswidriger Entsorgung gezogen?
6. Wohin können Bürger sich wenden, wenn ihnen solche Abfälle im öffentlichen Raum auffallen?

Ich bitte um eine mündliche und eine ausführliche schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Amtsleiters 66, Herr Gebhardt, in Vertretung des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Dr. Scheidemann

Der Amtsleiter 66, Herr Gebhardt informiert, dass der Verwaltung der Zustand sowohl der Mittelstraße als auch sämtlicher anderer Wege und Verkehrsanlagen auf dem Werder bekannt sind. Er führt weiter aus, dass seit Ende 2014 sich die Verwaltung der Tatsache gestellt hat, dass im Bereich der Mittelstraße die Zustände verbesserungswürdig sind. Herr Gebhardt informiert, dass mit der Realsierung der Reparatur bereits begonnen wurde. Dabei werden die alten Betonplatten herausgenommen und durch vorhandene Gehwegplatten ersetzt.

Ergänzende Ausführungen des Beigeordneten für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz

Herr Platz gibt bekannt, dass die Verwaltung am 23. August letzten Jahres davon informiert wurde, dass auf der Grünfläche an der Zollstraße medizinische Abfälle dort verstreut liegen. Daraufhin ist die Spätschicht des Abfallwirtschaftsbetriebes rausgefahren, hat diese Abfälle

aufgenommen und ordnungsgemäß entsorgt. Wir konnten leider keinen Verursacher dafür ermitteln. Insofern ist auch kein Verfahren eingeleitet worden. Er weist darauf hin, dass bei entdecken solcher Abfälle die Bürger die 115 wählen oder sich jederzeit an das Umweltamt oder an den Städtischen Abfallwirtschaftsbetrieb wenden können.

Die Antwort erfolgt schriftlich an die Verwaltung.

9.2 Schriftliche Anfrage F0018/15 der Stadträtin Steinmetz, SPD-Stadtratsfraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
Anwohnern der Straße „Am Wellenberge“ haben sich an mich gewandt mit Hinweisen auf zunehmende Verstöße gegen die Straßenverkehrsordnung in der Straße „Am Wellenberge“, welche als Tempo 30-Zone ausgewiesen ist. Anwohner beklagen, dass Autofahrer vor allem in den Früh- und Nachmittagsstunden mit erhöhter Geschwindigkeit die Zone durchfahren und damit für Gefährdungen, insbesondere der Schulkinder sorgen. Moniert wird weiterhin, dass neben der Geschwindigkeitsbeschränkung auch das vorhandene „Durchfahrt Verboten“ - Schild missachtet wird.

Ich frage Sie:

1. Welche verkehrsberuhigenden Maßnahmen, mit dem Ziel der Entlastung vom derzeitigen Durchgangsverkehr, können in der Straße „Am Wellenberge“ umgesetzt werden?
2. Könnte die Einrichtung einer temporären Geschwindigkeits-Messstelle (Blitzer) als kurzfristige Maßnahme zur Erhöhung der Verkehrssicherheit zeitnah umgesetzt werden?

Ich bitte um kurze mündliche sowie schriftliche Beantwortung meiner Fragen.

Antwort des Amtsleiters 66 Herrn Gebhardt, in Vertretung des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann

Herr Gebhardt erklärt, dass die Beschilderung in der Straße bereits ausgereizt ist. Er merkt an, dass ohne bauliche Maßnahmen nichts gemacht werden kann als den Fahrzeugführer auf Tempo 30 herunter dirigieren. Aus Sicht der Verwaltung gibt es jetzt nur 2 Möglichkeiten:

1. Dass die Kontrollen der Geschwindigkeit intensiviert werden.
2. Wenn dies nicht ausreicht, müssen bauliche Maßnahmen eingeleitet werden.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

9.3 Schriftliche Anfrage F0025/15 des Stadtrates Köpp, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei

Durch das Hochwasser im Juni 2013 wurden 4 Wettkampfkegelbahnen des ESV Lok Magdeburg e.V. komplett zerstört und das Vereinsgebäude in der Lingnerstraße stark in Mitleidenschaft gezogen. Seitdem bemüht sich der Verein um die Instandsetzung und Modernisierung der Kegelanlage auf dem Magdeburger Werder.

Ich frage den Oberbürgermeister in diesem Zusammenhang:

1. Mit welchen Maßnahmen unterstützte die Landeshauptstadt Magdeburg bisher das o.g. Anliegen des ESV Lok Magdeburg e.V.?
2. Warum konnte die Kegelanlage bis heute nicht instandgesetzt und modernisiert werden?
3. Welche Möglichkeiten wird die Stadt nutzen, um die Instandsetzung und Modernisierung der Kegelanlage auf dem Magdeburger Werder voranzubringen?

Es wird um kurze mündliche und ausführliche schriftliche Beantwortung gebeten.

Antwort des Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper:

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper bestätigt zu Beginn seiner Beantwortung die Notwendigkeit der Maßnahme und informiert über den Schriftverkehr mit dem Chef des Kegelvereins Herrn Berger. Er führt aus, dass dieser über das Verfahren genaustens informiert ist. Herr Dr. Trümper weist darauf hin, dass der Antrag zur Bewilligung derzeit bei der Investitionsbank liegt. In Abstimmung mit dem Sportverein soll die Anlage an einen anderen Standort etabliert werden. Die Frage, was mit dem derzeitigen Gebäude wird, ist noch offen.

9.4 Schriftliche Anfrage (F0017/15) des Stadtrates Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Sehr geehrter Herr Dr. Trümper,

im Sommer 2014 wurden zwei der fünf Schrotebrücken an der Goethestraße grundlegend neu gebaut. Bei der Erneuerung der beiden Brücken hat sich das Tiefbauamt sehr genau an das historische Vorbild gehalten. Allerdings wurden in den Geländerbereichen sehr aufwändig Acrylglas-Platten montiert. Seit Wochen sind die Brücken(-Geländer) durch illegales Graffiti beschmiert. Die Platten bieten zusätzliche Möglichkeiten der „Beschriftung“.

Ich frage deshalb im Einzelnen:

1. Warum wurden die Plexiglas-Platten angebracht? Hat die Bauaufsicht eine derartige Forderung gestellt? Wenn ja, hat die Denkmalpflege den Platten und der Verschraubung zugestimmt?
2. Nach meiner Kenntnis werden Privateigentümer von der Stadt gebeten, möglichst binnen 24 Stunden Schmierereien an Ihren Häusern zu entfernen, um den Sprayern den Spaß zu verderben. Warum sind die Graffitis noch nicht beseitigt worden?
3. Können die Plexiglasscheiben wieder entfernt werden?
4. Kann beim Neubau der weiteren Brücken auf die Plexiglasscheiben verzichtet werden?
5. Zur Entstehungszeit der Brücken wurde das Geländer ohne Verschraubung hergestellt. Kann beim Neubau der weiteren Brücken auch auf die hässliche Verschraubung des Geländers verzichtet werden?

Ich bitte um eine kurze mündliche und eine ausführliche schriftliche Antwort.

Antwort des Amtsleiters 66 Herrn Gebhardt in Vertretung des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann

In seiner Beantwortung führt Herr Gebhardt aus, dass der Verwaltung dieser Schaden nicht bekannt war. Nachdem wir von Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Kenntnis erhalten haben, wurde eine Firma beauftragt, ein entsprechendes Angebot zur Beseitigung der Gaffitischäden einzureichen.

Bezüglich der Frage 1 legt Herr Gebhardt da, dass auf der einen Seite bei der Neusanierung der Brücke den Bestandsschutz verlieren und damit müssen die aktuellen Vorschriften gem. einer ZEV-Ing und natürlich auch der Bauordnung einhalten werden. Es muss dafür Sorge getragen werden, dass auch ein Kind z. B. nicht durchkrabbeln kann. Und da gibt es ganz eindeutig einen Abstand von 12 cm. In dem Augenblick, wo Öffnungen größer als 12 cm breit sind, müssen wir ein anderes Hindernis einbauen. Und da gab es im Zusammenwirken mit der Denkmalschutzbehörde nur ein akzeptables Mittel, nämlich eine transparente Platte dort entsprechend anzubringen.

Bezüglich der Frage 3. informiert Herr Gebhardt, dass die Plexiglasscheiben nicht entfernt werden können, da wir ansonsten zwar eine schönere Brücke haben, aber keine ausreichende Verkehrssicherheit. Bezüglich der Frage 4 hält er fest, dass bei einem Neubau nicht auf die Plexiglasscheiben verzichtet werden kann, solange wir wiederum solche alten Geländer vorfinden, müssen wir jeweils die Spaltbreiten auf 12 cm reduzieren – das können wir hier nicht – bzw. Abhilfe schaffen, indem wir einen anderen Schutz anbringen. Abschließend verweist Herr Gebhardt darauf, dass auf eine Verschraubung nicht verzichtet werden kann, da das Geländer instabil wäre.

Ergänzende Antwort des Der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz

In seinen Ausführungen stellt der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz klar, dass diese 24-h-Regel sich nicht auf Private bezieht. Diese Regelung bezieht sich darauf, dass wir selbst an unseren Gebäuden solche Graffitis sofort, also

innerhalb dieser Frist, beseitigen wollen, die strafrechtlichen Inhalt haben. Er bittet abschließend darum, vom MD-Melder Gebrauch zu machen.

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

9.5 Schriftliche Anfrage (F0035/15) des Stadtrates Heynemann, Fraktion CDU/FDP/BfM

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

in der Magdeburger Volksstimme ist zu verfolgen, dass das Problem der Körperbehindertenschule Fermersleber Weg weiterhin ungelöst ist. Im Sinne der hier beschulten Kinder aus Magdeburg und den umliegenden Landkreisen muss allerdings eine Lösung gefunden werden.

Daher stelle ich folgende Fragen:

1. Wie ist der aktuelle Sachstand zu den Planungen?
2. Gibt es bereits eine Antwort der Landesregierung zu dem gemeinsamen Schreiben der betroffenen Landkreise und der Landeshauptstadt?

Ich bitte um eine kurze mündliche und eine ausführliche schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

In seiner Beantwortung informiert Dr. Trümper, dass auf der Basis des Beschlusses des Stadtrates die Planung für die Sanierung an dem Standort Fermersleber Weg vorgenommen wird, weil nur das STARK III-fähig ist. Er merkt an, dass ein Ersatzbau, ein Anbau und ein Neubau nicht förderfähig ist. Der entsprechende Förderantrag liegt im Finanzministerium. Weiterhin führt er aus, dass erst vom Finanzministerium die Förderrichtlinie erarbeitet werden muss und dies ein komplexes Verfahren ist. Danach kann erst ein Planer beauftragt werden und möglicherweise erst im Jahr 2016 mit der Sanierung begonnen werden. Dr. Trümper merkt an, dass es für die Zeit der Sanierung kein Ausweichobjekt gibt und sich die Landkreise selber um eine Unterbringung kümmern müssen. Er führt aus, dass er gemeinsam mit den Landräten einen Brief am 12.02.2015 an den Kultusminister geschrieben hat und eine Antwort noch aussteht. Dr. Trümper hält fest, dass in Halle der gleiche Sachverhalt vom Land zu 100% finanziert wird und erwartet eine klare Botschaft vom Land.

Bezüglich der Nachfrage des Stadtrates Heynemann, Fraktion CDU/FDP/BfM im Hinblick auf das zu erwartende Urteil, wie mit den auswärtigen Kindern umgegangen wird, führt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper aus, dass aktuell eine Aufnahme der auswärtigen Kinder abgelehnt wurde. Nach der Entscheidung der Gerichte, müssen die Kinder jetzt aufgenommen werden, was zu unerträglichen Zuständen an den Schulen führt.

9.6 Schriftliche Anfrage (F0026/15) der Stadträtin Steinmetz, SPD-Stadtratsfraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Bushaltestellen in Beyendorf-Sohlen befinden sich derzeit in einem unbefriedigenden Zustand. So wurden sie im Jahr 2014 weder von den MVB noch KVG noch vom Werbeträger Schwarz Werbung gereinigt, im Winterdienst wurde nicht beräumt. Seit ca. zwei Jahren sind zudem die Scheiben beschädigt, die Bank an der Haltestelle „Unter der Wische“ ist ebenfalls defekt und nicht nutzbar. An der Haltestelle in Beyendorf ist seit der Schließung des ehemaligen Bürgerbüros keine Unterstellmöglichkeit mehr gegeben. Dort besteht bei Wind die Gefahr herabfallender Zweige. Vor allem für Senioren und Schulkinder der Gemeinde ist der Zustand der Haltestellen eine große Belastung.

Ich stelle folgende Fragen:

1. In wessen Zuständigkeitsbereich befinden sich die Bushaltestellen in Beyendorf-Sohlen und wie kann die Umsetzung der beschriebenen notwendigen Reinigungsmaßnahmen und des Winterdienstes veranlasst werden?
2. Ist der Zustand der Haltestellen bekannt und wenn ja, wann kann mit den erforderlichen Instandsetzungen gerechnet werden?
3. Ist es möglich, an der Haltestelle Beyendorf einen Unterstand für die Wartenden zu errichten?

Ich bitte um kurze mündliche sowie ausführliche schriftliche Beantwortung meiner Fragen.

Antwort des Amtsleiters 66 Herrn Gebhardt, in Vertretung des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann:

In seinen Ausführungen merkt Herr Gebhardt an, dass auf der einen Seite der Partner verantwortlich für die Werbung ist und damit auch für den Zustand der Wartehäuschen, das ist die Fa. Schwarz. Des Weiteren wurde Kontakt mit dem Städtischen Abfallbetrieb hinsichtlich des Winterdienstes aufgenommen. Er weist darauf hin, dass die MVB nicht in der Pflicht ist, diese zu unterhalten, da sie die Haltestelle nicht anfährt.

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

9.7 Schriftliche Anfrage (F0037/15) des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei

Bereits mehrfach hat sich der Stadtrat mit Fragen zur Entsorgung der Gelben Tonne durch die Firma Tönsmeier befassen müssen. Leider erfordern aktuelle Ereignisse dies ein weiteres Mal. So wurde ich wiederholt von Bewohnern der Brunnersiedlung angesprochen und leider auch wiederholt selbst Zeuge davon, wie Gelbe Tonnen zwar ordnungsgemäß abgeholt wurden, jedoch – offenbar aus Faulheit – nicht wieder zurückgebracht worden sind, wie es jedoch eigentlich Aufgabe und Vertragsbestandteil der Fa. Tönsmeier ist. Daraufhin habe ich in mind. 6 unterschiedlichen Fällen mit dem auch im Abfallkalender der LH MD vermerkten Beschwerdemanagement der Fa. Tönsmeier telefoniert, was in der Regel dazu führte, dass es in den nächst folgenden Wochen wieder ordentlich funktionierte, bis es dann – wie zuletzt gestern am 18.02.15 – wieder soweit war, dass die Bequemlichkeit einzelner Mitarbeiter scheinbar obsiegte. Da ich mich in meiner ehrenamtlichen Arbeit als Stadtrat jedoch nicht als Außendienstmitarbeiter der Fa. Tönsmeier verstehe, möchte ich mit dieser Anfrage zur Klärung beitragen, wobei ich vermute, dass auch andere Wohngebiete bzw. Stadtteile betroffen sein können. Den SAB habe ich übrigens ebenfalls wiederholt über solche Ereignisse informiert. Gern möchte ich bei dieser Gelegenheit anmerken, dass die übrige Abfall-Entsorgung durch den städtischen Abfallwirtschaftsbetrieb (SAB) immer hervorragend durchgeführt wird!

Ich frage den Oberbürgermeister:

Wie beurteilen Sie in Umsetzung der vertraglichen Vereinbarung zur Entsorgung der Gelben Tonne die Arbeit der Firma Tönsmeier?

Ist Ihnen bekannt, dass in einzelnen Straßenzügen wiederholt von Anwohnern ordnungsgemäß an den Straßenrand zur Abholung aufgestellte Gelbe Tonnen vom Entsorgungspersonal mitunter nicht wieder zurückgebracht, sondern einfach an der nächsten Straßenecke stehen gelassen werden, wo sie dann etwa den ganzen Tag verharren, bei Wind umkippen und dabei mglw. parkende Fahrzeuge beschädigen sowie den zumeist ohnehin schmalen Gehweg verstellen und Fußgänger/innen behindern und letztlich auch Tonnen verwechselt werden?

In welcher Weise werden Bürgerbeschwerden zur Entsorgung der Gelben Tonne seitens der LH MD, bspw. vom SAB, erfasst? Wie gelingt es der LH MD als Vertragspartner von Tönsmeier Kenntnis von deren mehr oder mglw. auch minder erfolgreichen Arbeitsweise zu erlangen? Welche Vernetzung gibt es?

Welche Schlussfolgerungen werden gezogen?

Wissen Sie, dass zumindest an einigen Stellen zu Gunsten von Abfallentsorgungsfahrzeugen eingerichtete Parkverbotszonen wie bspw. in der Brunnerstraße nicht mehr genau den tatsächlichen Abholzyklen entsprechen? Wann ist dies zuletzt stadtweit überprüft wurden?

Ich bitte um mündliche und ausführliche schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Beigeordneten für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz :

In seinen Ausführungen bietet Herr Platz, an, sich der Sache persönlich anzunehmen.

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

9.8 Schriftliche Anfrage (F0029/15) des Stadtrates Assmann, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Für die Stadt Magdeburg wird derzeit der Verkehrsentwicklungsplan 2030+ (VEP 2030+) erarbeitet. Aktuell befindet er sich in der Bearbeitungsstufe „Szenarienbildung“. In dieser sollen Szenarien zur Verkehrsentwicklung durchgerechnet werden. Diese Aufgabe wird von einem externen Dienstleister unternommen und soll noch ausgeschrieben werden.

Aus diesem Grunde frage ich:

1. Wieviel Geld wird für die Szenarienbildung und speziell für die Szenarienrechnung durch den Dienstleister bereitgestellt?
2. Wieviel Szenarien lassen sich mit den bereitgestellten finanziellen Mittel rechnen und wurden für diese bereits vorab Kostenschätzungen / Angebote eingeholt?
3. Wenn Ja, mit welchem Ergebnis und welchem zugrundeliegendem Anforderungsprofil und Umfang?
4. Wann und nach welchem Verfahren erfolgt die Vergabe des Auftrages? Inwieweit wird der Runde Tisch des VEP 2030+ in die Erstellung des Lastenhefts eingebunden?

Es wird um eine kurze mündliche und ausführliche schriftliche Beantwortung gebeten.

Antwort des Amtsleiters 66 Herrn Gebhardt, in Vertretung des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann:

In seiner Beantwortung verweist Herr Gebhardt darauf, dass im Rahmen turnusmäßiger stattfindender Beratungen der Verkehrsentwicklungsplan VEP 2030 behandelt wird.

Er informiert, dass in diesem maximal 40.000 Euro für Moderationsleistungen, Sitzungsgelder und auch für die Berechnung der Szenarien zu finanzieren sind. Er gibt weiterhin bekannt, dass bis zu drei Szenarien untersucht werden. Herr Gebhardt erklärt, dass keine Kostenschätzung vorgenommen wurde. Er führt aus, dass eine Ausschreibung vorgenommen wurde und diese Ausschreibung wird also in einer Art und Weise vorgenommen, dass wir funktional das ausschreiben, was wir von den Anbietern entsprechend erwarten. Und das ist natürlich Aufgabe der von uns beauftragten Projektleitung.

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

9.8 Schriftliche Anfrage (F0036/15) des Stadtrates Gedlich, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

im Rahmen des geplanten Bauprojekts „Breiter Weg Südabschnitt Danzstraße“ (Vorentwurf zum Bebauungsplan Nr. 241-1) sollen an der Ecke Danzstraße/Breiter Weg zwei Großbäume gefällt werden.

Der Arbeitskreis Ökologie am Dom setzt sich aus ökologischen und vor allem aus historischen Gründen für den Erhalt dieser beiden Bäume, den sog. „Hölzernen Zeitzeugen“ ein.

Um einen Schutz der Bergulme und der Platane zu erwirken, wurden von vielen Bürgerinnen und Bürgern Magdeburgs Briefe an Sie verfasst, in denen die Einstufung als Naturdenkmal beantragt wird.

Der Prozess zur Überprüfung der Schutzwürdigkeit wurde daraufhin erfreulicherweise von Ihnen eingeleitet.

Vor diesem Hintergrund frage ich daher an:

1. Welcher zeitliche Rahmen ist für die Prüfung angedacht?
2. Schützt der Prüfstatus die genannten Bäume vor einer Rodung?

Um eine kurze mündliche und ausführliche schriftliche Stellungnahme wird gebeten.

Antwort des Oberbürgermeisters Herr Dr. Trümper:

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper bestätigt im Rahmen seiner Beantwortung, dass zahlreiche Briefe in dieser Frage bei ihm eingehen und dahingehend beantwortet werden, dass erst die Prüfung hierzu beendet werden muss. Erst im Anschluss kann ein B-Plan unter Beteiligung der Bürger dem Stadtrat vorgelegt werden.

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

Die Beantwortung der noch vorliegenden Anfragen, F0019/15, F0020/15, F0021/15, F0022/15, F0023/15, F0027/15, F0030/15, F0031/15, F0032/15 und F0034/15 erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

10. Informationsvorlagen

Die unter TOP 10.1 – 10.10 vorliegenden Informationen werden zur Kenntnis genommen.

10.3. Arbeitsstand zum Beschluss-Nr. 545-23(V)10 - Neues Klimaschutzprogramm I0335/14

Der angekündigte Redebeitrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird **zurückgezogen**.

10.5.	Umsetzungsstand Magdeburger Aktions- und Maßnahmenplan zur UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen	I0350/14
-

Bezüglich der Nachfrage der Stadträtin Schulz, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, wie mit den Befunden (z.B. Maßnahme 70 der Anlage zur I0350/15) umgegangen wird, führt die Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Borris aus, dass diese Liste weiterhin auf dem Prüfstand steht und man schaut, was man zu gegebener Zeit umsetzen kann.

10.6.	Variantenuntersuchung zur Gestaltung des Verkehrsknotens Halberstädter Straße/Kroatienweg	I0353/14
-

Stadtrat Hoffmann, Fraktion CDU/FDP/BfM, nimmt kritisch zur vorliegenden Information I0353/14 Stellung und sieht darin keine Grundlage für Entscheidungen. Er bittet darum, die Variantenuntersuchung dem Stadtrat vorzustellen.

10.8.	Verkehrssicherheit in Fermersleben und Salbke erhöhen (Prüfauftrag)	I0010/15
-

Stadtrat Jannack, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, nimmt kritisch zur vorliegenden I0010/15 Stellung. Er bittet darum, das Prüfergebnis nochmals zu überdenken, auch im Zusammenhang mit dem barrierefreien Ausbau der Haltstelle.

Persönliche Erklärung des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Meister

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Meister gibt eine persönliche Erklärung ab. **(Anlage 2)**

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper merkt an, dass Informationen eigentlich in den Ausschüssen beraten und diskutiert werden müssten. Er schlägt vor, in der neuen Geschäftsordnung des Stadtrates aufzunehmen, dass keine Informationen mehr auf die Tagesordnung des Stadtrates gesetzt werden.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Andreas Schumann
Vorsitzender des Stadtrates

Silke Luther
Schriftführerin

Anlage 1 – Persönliche Erklärung des Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei
Stadtrat Theile

Anlage 2 – Persönliche Erklärung des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Stadtrat Meister

Anwesend:

Vorsitzende/r

Schumann, Andreas

Mitglieder des Gremiums

Wübbenhorst, Beate

Boeck, Hugo

Assmann, Tom

Bischoff, Norbert

Boeck, Helga

Boxhorn, Matthias

Brestrich, Thomas

Buller, Rainer

Canehl, Jürgen

Fischer, Jürgen Dipl.Ing (FH)

Gedlich, Timo

Grube, Falko Dr.

Guderjahn, Marcel

Häusler, Gerhard

Hausmann, Christian

Hempel, René

Herbst, Sören Ulrich

Heynemann, Bernd

Hitzeroth, Denny

Hitzeroth, Jens

Hoffmann, Michael

Hofmann, Andrea

Jannack, Dennis

Keune, Kornelia

Köpp, Karsten

Kraatz, Daniel

Kräuter, Günther

Kutschmann, Klaus Dr.

Lischka, Burkhard

Meister, Olaf

Mewes, Hans-Joachim

Meyer, Steffi

Müller, Oliver

Nowotny, Andrea

Reppin, Bernd

Rösler, Jens

Rupsch, Manuel

Salzborn, Hubert

Schindehütte, Gunter

Schulz, Jenny

Schumann, Carola

Schuster, Frank

Schuster, Hans-Jörg

Schwenke, Wigbert

Steinmetz, Birgit

Stern, Reinhard

Theile, Frank

Tietge, Lothar

Trümper, Lutz Dr.

Tybora, Jacqueline

Wendenkampf, Oliver A. Dipl. Biologe

Westphal, Alfred

Zander, Roland

Zimmer, Monika

Geschäftsführung

Luther, Silke

Abwesend

Loskant, Mandy

Scheunchen, Chris